



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern und für Heimat, 10557 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Petra Pau
Platz der Republik 1
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 10557 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 4. August 2023

BETREFF **Schriftliche Fragen Monat Juli 2023**
HIER Arbeitsnummern 7/473, 474

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesenen schriftlichen Fragen übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung

Rita Schwarzelühr-Sutter

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Berlin Hauptbahnhof

Bushaltestelle Berlin Hauptbahnhof

Schriftliche Fragen der Abgeordneten Petra Pau
vom 28. Juli 2023
(Monat Juli 2023, Arbeits-Nr. 7/473 und 7/474)

Fragen

1:

Was ist der aktuelle Stand und der weitere Zeitplan der Auswertung der vom Bundesministerium des Innern und für Heimat bei der Bundeszentrale für politische Bildung in Auftrag gegebenen drei Gutachten (<https://taz.de/NSU-Archiv-der-Ampelverzoegert-sich/!5946504/>) sowie, darauf gestützt, der weitere Zeitplan zur Errichtung des gemäß Seite 117 des Koalitionsvertrags zwischen SPD, BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN und FDP von 2021 geplanten, in den Zuständigkeit des Bundesinnenministerium fallenden „Dokumentationszentrums für die Opfer des NSU“, insbesondere i. H. auf die für eine Errichtung im nächsten Jahr nötige Einstellung von Finanzmitteln im Bundeshaushalt 2024?

2:

Was sind Stand und Perspektiven, insbesondere hinsichtlich des Ortes und der Ausgestaltung, des gemäß Seite 117 des Koalitionsvertrags zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP von 2021 als Projekt der Bundesregierung für die laufende 20. Wahlperiode vorgesehenen Erinnerungsortes für die Opfer des NSU?

Antworten

Zu 1 und 2:

Die Antworten werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet. Zum Aufbau des Dokumentationszentrums für die Opfer des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) wurde in einer Ressortbesprechung im September 2022 vereinbart, dass für weitere Entscheidungen zunächst Expertisen zu den wesentlichen Themenkomplexen eingeholt werden. Damit wurde die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) beauftragt, der inzwischen drei Expertisen vorliegen. Anschließend wird ein Konsultationsprozess mit Vertreterinnen und Vertretern von Zivilgesellschaft und Wissenschaft erfolgen. Im Oktober 2023 wird die BpB den Entwurf einer Machbarkeitsstudie mit den finalen Empfehlungen vorlegen. Auf der Grundlage der Machbarkeitsstudie werden Ende des Jahres Haushaltsmittel für 2025 angemeldet. Im Laufe des Jahres 2024 wird im Kreis der betroffenen Ressorts sowie in enger Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und insbesondere den Betroffenen das Konzept des

Dokumentationszentrums finalisiert und die Frage des Standorts des NSU-Dokumentationszentrums in Verbindung mit einem Erinnerungsort für die Opfer des NSU entschieden.

Das NSU-Dokumentationszentrum ist mit großen Hoffnungen, aber auch mit Misstrauen bei den Betroffenen verbunden. Der BpB ist es wichtig, dass die Ausgestaltung einer Machbarkeitsstudie zur Realisierung eines Dokumentationszentrums zum NSU-Komplex mit den Betroffenen ergebnisoffen diskutiert werden kann. Es ist vorgesehen, die Öffentlichkeit nach den Gesprächen mit den Betroffenen zu informieren. In der Abwägung der Bedarfe nach größtmöglicher Öffentlichkeit und Vertrauensbildung mit den Betroffenen ist zu beachten, dass auch die Herausgabe einzelner Informationen als Vorwegnahme von Ergebnissen missverstanden werden kann. Die Arbeiten zur Umsetzung des NSU-Dokumentationszentrums werden mit Nachdruck vorangebracht, gleichzeitig muss jedoch ausreichend Zeit für Beteiligung und Einbindung der Betroffenen gegeben sein.